

§ 4. La "Vlaams Energieagentschap" (Agence flamande de l'Energie) est chargée du paiement des indemnités, visées aux paragraphes 2 et 3. Le Ministre peut fixer les modalités relatives à la procédure de paiement. ».

Art. 6. Dans le titre XI, chapitre I^{er}, du même arrêté, est insérée une section III, comprenant l'article 11.1.3, rédigée comme suit :

« Section III. Contrôle sur le respect du banking de certificats d'électricité écologique et de certificats de cogénération par les gestionnaires de réseau de distribution d'électricité et le gestionnaire du réseau de transport local d'électricité.

Art. 11.1.3. Les fonctionnaires de la "Vlaams Energieagentschap" sont désignés pour effectuer les contrôles nécessaires du respect des articles 6.4.14/1 et 6.4.14/2.

Les gestionnaires de réseau de distribution d'électricité transmettent à la "Vlaams Energieagentschap", sur simple demande, tous les renseignements pertinents démontrant que l'indemnité obtenue n'est pas supérieure à ce qui est nécessaire pour couvrir le coût net de l'exécution des obligations de service public, visées à l'article 6.4.14/1.

Lorsque la "Vlaams Energieagentschap" constate qu'un gestionnaire de réseau de distribution d'électricité ne répond pas aux conditions mentionnées à l'article 6.4.14/1 ou à l'article 6.4.14/2, les indemnités éventuellement indûment payées sont recouvrées.

Dans ce cadre, la "Vlaams Energieagentschap" conserve toutes les données nécessaires, jusqu'à dix ans après l'expiration de l'obligation, visée à l'article 6.4.14/1, pour constater si l'indemnité octroyée est compatible avec la Directive 2012/21/UE et les tient à la disposition de la Commission européenne. ».

Art. 7. Le Ministre flamand ayant la politique de l'énergie dans ses attributions, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 10 janvier 2014.

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,
K. PEETERS

La Ministre flamande de l'Energie, du Logement, des Villes et de l'Economie sociale,
F. VAN DEN BOSSCHE

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2014/200948]

20. JANUAR 2014 — Sonderdekret zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Anwendungsbereich

Vorliegendes Sonderdekret findet Anwendung auf das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, nachstehend als Zentrum bezeichnet.

Unter Jugendlichen versteht man jede Person, die mindestens zwölf Jahre alt ist, der Schulpflicht unterliegt oder, falls sie nicht mehr schulpflichtig ist, in einer Schule im Vollzeit- oder Teilzeitunterricht mit Ausnahme des Hochschulwesens eingeschrieben ist oder eine Lehre absolviert.

Bei dem zu gründenden Zentrum handelt es sich um eine Unterrichtseinrichtung gemäß Artikel 24 der Verfassung.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für beide Geschlechter.

KAPITEL 2 — Übertragung der Aufgaben

Art. 3 - Aufgaben

Die Aufgaben der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren werden an das Zentrum übertragen. Das Zentrum übt die übertragenen Aufgaben gemäß den Modalitäten aus, die per Gesetz, Dekret oder Erlass festgelegt sind.

Die in Absatz 1 angeführten Aufgaben sind:

1. Begleitung der Schüler des Regel- und Förderschulwesens in folgenden Bereichen:

a) Mitwirkung an der Optimierung der psychologischen, psychopädagogischen, medizinischen, paramedizinischen und sozialen Bedingungen des Schülers und seines unmittelbaren erzieherischen Umfelds, um ihm die besten Chancen für eine harmonische Entwicklung seiner Persönlichkeit und für sein persönliches und soziales Wohlbefinden zu bieten,

b) Erteilung von Informationen und Gutachten zu den schulischen wie beruflichen Möglichkeiten an die Schüler, die Erziehungsberechtigten, die Schulträger und alle, die direkt am Erziehungs- und Bildungsprozess der Schüler beteiligt sind, um den persönlichen Entscheidungsprozess zu fördern,

2. psycho-medizinisch-soziale Begleitung der Schüler, die eine Ausbildung absolvieren, die zur Erfüllung der im Gesetz vom 29 Juni 1983 über die Schulpflicht angeführten Teilzeitschulpflicht anerkannt ist;
3. Erteilung von Informationen und/oder Gutachten zu den Möglichkeiten im Studien-, Ausbildungs- und Berufsbereich an alle Personen, die einen entsprechenden Antrag stellen;
4. Erstellen von Gutachten in folgenden Fällen:
 - a) Verlängerung des Kindergartenbesuchs eines schulpflichtigen Kindes;
 - b) verfrühter Eintritt in die Primarschule eines noch nicht schulpflichtigen Kindes;
 - c) Verlängerung der Primarschulzeit, falls erforderlich;
 - d) Zulassung in ein erstes Sekundarschuljahr, falls erforderlich;
 - e) Zulassung zum Teilzeitunterricht, falls erforderlich;
 - f) Wechsel der Unterrichtsform im Fördersekundarschulwesen;
5. Beratung der Klassenräte, der Förderkonferenzen und der Begleiträte der Übergangsklassen für neuankommende Schüler;
6. Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und Erstellen von Gutachten zur Überprüfung, Beendigung oder zum Abbruch der sonderpädagogischen Förderung;
7. Mitwirkung an Forschungsprojekten, die in Zusammenhang mit den Aufgaben stehen.

Der in Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe a) angeführte Auftrag beinhaltet:

1. das Ergreifen der notwendigen Präventiv- und Abhilfemaßnahmen zur Vermeidung oder Abschaffung der Faktoren, die eine Bedrohung oder ein Hindernis für den Schüler darstellen, sowie Maßnahmen zu deren Bewältigung;
2. Hilfe und Mitarbeit bei den Erziehungsaufgaben der Erziehungsberechtigten, der Schulträger und aller, die direkt am Erziehungs- und Bildungsprozess der Schüler beteiligt sind;
3. Unterstützung des Entfaltungsprozesses der Schüler und Hilfe zur Entwicklung ihres Potenzials mit dem Ziel, an der Erlangung ihrer Autonomie, an einer harmonischen Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihres persönlichen und sozialen Wohlbefindens mitzuwirken.

KAPITEL 3. — *Rechtsnatur, Form und Funktionsweise des Zentrums*

Abschnitt 1 — Gründung

Art. 4 - Gründung

Die Gründung des Zentrums erfolgt durch den Abschluss eines entsprechenden Abkommens zwischen folgenden Partnern:

1. der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
2. der Provinz Lüttich,
3. der Stadt Eupen,
4. der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht Freies PMS-Zentrum,
5. der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht Gesundheitszentrum Sankt-Vith.

Die in Absatz 1 angeführten Partner werden nachstehend als Gründerpartner bezeichnet.

Art. 5 - Inhalt des Gründungsabkommens

Das in Artikel 4 angeführte Abkommen umfasst Bestimmungen über mindestens folgende Punkte:

1. Name und Sitz des Trägers,
2. Name und Standort des Zentrums,
3. Bezeichnung des ersten Vorsitzenden und des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates, wobei die Dauer des ersten Mandats drei Jahre beträgt,
4. Bezeichnung des ersten Direktors, der ersten Koordinatoren und der ersten Zweigstellenleiter sowie die Dauer ihrer Bezeichnung, wobei die Höchstdauer der ersten Bezeichnung vier Jahre beträgt,
5. Aufstellung der Immobilien und der wichtigsten Mobilien, die übertragen oder zur Verfügung gestellt werden,
6. Auflösung des Abkommens.

Unbeschadet der Bestimmungen des vorliegenden Sonderdekrets und weiterer dekretaler Bestimmungen über die Organisation des Zentrums kann das Abkommen zusätzliche Bestimmungen zu folgenden Punkten umfassen:

1. Verwaltungsstrukturen,
2. Personalrecht,
3. Finanzierung.

Abschnitt 2 — Rechtsnatur

Art. 6 - Rechtsnatur

Das Zentrum ist eine autonome juristische Person des öffentlichen Rechts.

Das Zentrum ist eine Einrichtung öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und unterliegt den Bestimmungen dieses Dekrets in der Fassung vom 1. Mai 2014.

Abschnitt 3 — Verwaltungsstruktur des Zentrums

Unterabschnitt 1 — Struktur und Verwaltungsorgane

Art. 7 - Struktur des Zentrums

Das Zentrum besteht aus einer zentralen Leitungsstelle und lokalen Zweigstellen, deren Anzahl per Dekret festgelegt wird.

Art. 8 - Verwaltungsorgane

Die Verwaltungsorgane des Zentrums sind der Verwaltungsrat und die Direktion.

Unterabschnitt 2 — Verwaltungsrat

Art. 9 - Zusammensetzung und Mandatsdauer

§ 1 - Der Verwaltungsrat setzt sich aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern zusammen:

1. zwei Vertreter der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
2. ein Vertreter der Provinz Lüttich,
3. ein Vertreter der Stadt Eupen,
4. ein Vertreter der Gemeinden,
5. ein Vertreter der Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht Freies PMS-Zentrum,
6. ein Vertreter des Schulträgers des Gemeinschaftsunterrichtswesens,
7. ein Vertreter der Schulträger des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens,
8. ein Vertreter der Schulträger des freien konfessionellen subventionierten Unterrichtswesens,
9. ein Vertreter des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen,
10. jeweils ein Vertreter der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen,
11. ein Vertreter aus dem Bereich Familie,
12. ein Vertreter aus dem Bereich Gesundheit,
13. ein Vertreter aus dem Bereich Soziales,
14. ein Vertreter aus dem Bereich Jugend.

An den Sitzungen des Verwaltungsrats nehmen mit beratender Stimme teil:

1. der in Artikel 88 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeführte Regierungskommissar,
2. der Direktor des Zentrums, es sei denn, der Verwaltungsrat trifft für eine bestimmte Sitzung eine anderslautende Entscheidung.

Die Mandate der in Absatz 1 angeführten Mitglieder dauern fünf Jahre und sind erneuerbar.

Die in Absatz 1 Nummern 11 bis 14 angeführten Mitglieder des Verwaltungsrats sowie deren Ersatzmitglieder dürfen kein politisches Mandat bekleiden.

§ 2 - Für jedes der in § 1 Absatz 1 angeführten Mitglieder wird ein Ersatzmitglied vorgesehen, das nach den gleichen Kriterien ausgewählt wird wie das Mitglied, das es ersetzt. Verliert ein Mitglied des Verwaltungsrats die Eigenschaft, aufgrund derer es Mitglied des Verwaltungsrats ist, endet sein Mandat und das Ersatzmitglied führt es zu Ende. Scheidet das Ersatzmitglied aus, erfolgt eine neue Bezeichnung für den verbleibenden Zeitraum. Die Mitglieder haben ferner die Möglichkeit, sich bei den Sitzungen von ihren Ersatzmitgliedern vertreten zu lassen.

§ 3 - Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Verwaltungsrats werden von der Regierung auf Vorschlag der in § 1 Absatz 1 Nummern 2 bis 10 angeführten Instanzen bezeichnet. Auf Vorschlag der vorerwähnten Instanzen kann die Regierung ihnen zu jedem Zeitpunkt das Mandat entziehen und für den verbleibenden Zeitraum neue Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder bezeichnen.

Die Regierung bezeichnet die in § 1 Absatz 1 Nummern 11 bis 14 angeführten Mitglieder und deren Ersatzmitglieder.

§ 4 - Der Verwaltungsrat wird von einem Vorsitzenden geleitet, der aus der Mitte des Verwaltungsrats bezeichnet wird. Ferner wird ein stellvertretender Vorsitzender vorgesehen, der ebenfalls aus der Mitte des Verwaltungsrats bezeichnet wird.

Beim Bezeichnungsverfahren gilt die Bestimmung des Artikels 13 Absatz 1. Die betreffende Sitzung wird vom ältesten der in § 1 Absatz 1 angeführten Mitglieder geleitet. Die in Artikel 11 angeführte Geschäftsordnung legt die weiteren Modalitäten des Verfahrens fest.

In Abweichung von Absatz 1 werden der erste Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats von den Gründerpartnern einvernehmlich bezeichnet.

§ 5 - Der Verwaltungsrat kann Experten und Personalvertreter zu seinen Sitzungen einladen. Die näheren Modalitäten legt der Verwaltungsrat in der in Artikel 11 angeführten Geschäftsordnung fest.

Art. 10 - Aufgaben

§ 1 - Der Verwaltungsrat verfügt über alle Befugnisse, die zur inhaltlich-strategischen Ausgestaltung sowie zur Organisation und Verwaltung des Zentrums erforderlich sind, unter anderen:

1. die Bezeichnung des Direktors, mit Ausnahme des ersten Direktors,
2. die definitive Ernennung der Personalmitglieder,
3. die Bezeichnung der zeitweiligen Personalmitglieder,

4. die Verwendung der Finanzmittel (Haushaltsplan),
5. die Vergabe von Arbeits-, Lieferungs- und Dienstleistungsaufträgen,
6. die Aufstellung eines Inventars aller Immobilien des Zentrums,
7. die Festlegung von baulichen Maßnahmen und Unterhaltsarbeiten,
8. die Festlegung der Aufträge an das Personal.

Der Verwaltungsrat kann dem Direktor Entscheidungsbefugnisse übertragen.

§ 2 - Der Verwaltungsrat prüft unmittelbar nach der Gründung des neuen Zentrums, inwieweit definitiv offene Stellen zur Ernennung freigegeben werden können.

Der Verwaltungsrat schließt eine Kaskoversicherung für die Dienstreisen ab und ermöglicht den Personalmitgliedern den Zugang zum Sozialdienst des Gemeinschaftsunterrichtswesens sowie zu einer Krankenhausaufenthaltsversicherung gemäß den im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft geltenden Bedingungen.

Art. 11 - Geschäftsordnung

Der Verwaltungsrat erstellt eine Geschäftsordnung und legt sie der Regierung zur Genehmigung vor.

Art. 12 - Tätigkeitsbericht

Der Verwaltungsrat erstellt einen jährlichen Tätigkeitsbericht.

Art. 13 - Anwesenheitsquorum

Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

Wenn das für das Treffen eines Beschlusses erforderliche Anwesenheitsquorum nicht erreicht wird, hält der Verwaltungsrat frühestens am siebten Tag und spätestens am vierzehnten Tag nach diesem Treffen eine neue Versammlung ab. Während dieser Versammlung kann unabhängig von der Anzahl anwesender Mitglieder ein Beschluss gefasst werden.

Art. 14 - Abstimmungsquorum

Ein Beschluss wird mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden oder, bei dessen Abwesenheit, des stellvertretenden Vorsitzenden ausschlaggebend.

Art. 15 - Konsultation

Bei den in der Geschäftsordnung festgelegten Entscheidungen, die das Personal betreffen, wird dieses konsultiert. Dies geschieht unbeschadet der Zuständigkeiten der Verhandlungs- und Konzertierungsausschüsse, die durch das Gesetz vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Beamten dieser Behörden und den diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen geregelt sind.

Unterabschnitt 3 — Direktion

Art. 16 - Allgemeine Zusammensetzung

Die Direktion setzt sich zusammen aus dem Direktor und den Koordinatoren, die dem Direktor unterstehen.

Art. 17 - Aufgaben der Direktion und Arbeitsweise

§ 1 - Der Direktion obliegt die tägliche Verwaltung und Organisation des Zentrums im administrativen, technischen, finanziellen und inhaltlichen Bereich.

Unbeschadet dekretaler Bestimmungen, die Aufgaben unmittelbar an den Direktor oder den Koordinator übertragen, legt der Verwaltungsrat die genaue Aufgabenbeschreibung des Direktors und der Koordinatoren fest.

§ 2 - Entscheidungen werden, sofern kein Einvernehmen erzielt wird, vom Direktor getroffen.

KAPITEL 4 — *Philosophische Grundlage*

Art. 18 - Philosophische Grundlage des Zentrums/ Artikulierte Pluralität

Die artikulierte Pluralität bildet die philosophische Grundlage für den Auftrag und das Angebot des Zentrums. Sie betrifft sowohl den Einzelnen als auch das Zentrum als Einrichtung.

Artikulierte Pluralität bedeutet, dass jedes Personalmitglied das Recht hat zu artikulieren, was es als Person innerhalb des Auftrags des Zentrums und innerhalb seiner Funktion sowie unter Beachtung eines vom Parlament festgelegten deontologischen Kodex verantworten kann. Dabei sind die Überzeugungen des anderen zu respektieren und das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 sowie die Verfassung zu achten.

Der Auftrag und das Angebot des Zentrums verwirklichen sich im Geiste größtmöglicher Wissenschaftlichkeit und ausgewogener Sachlichkeit.

KAPITEL 5 — *Immobilien*

Art. 19 - Inventar der Immobilien

Der Verwaltungsrat stellt ein Inventar aller Immobilien des Zentrums mit Vermerk über deren Herkunft und Bestimmung auf. Er übermittelt dieses Inventar der Regierung.

Die Regierung legt die Modalitäten bezüglich der Aufstellung dieses Inventars fest.

Das Inventar wird vom Verwaltungsrat laufend aktualisiert. Jede Änderung oder Anpassung wird jährlich zusammen mit dem Haushaltsvorschlag dem Regierungskommissar mitgeteilt, der diese Unterlagen an die Regierung weiterleitet.

KAPITEL 6 — *Inkrafttreten***Art. 20** - Inkrafttreten

Das vorliegende Sonderdekret tritt am 1. Mai 2014 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 20. Januar 2014

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ
Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
O. PAASCH
Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus
I. WEYKMANS
Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

—
Note

Sitzungsperiode 2013-2014

Nummeriertes Dokument:

201 (2013-2014) Nr. 1 Sonderdekretentwurf

201 (2013-2014) Nr. 2 Abänderungsvorschläge + Erratum

201 (2013-2014) Nr. 3 Bericht

Ausführlicher Bericht: 20. Januar 2014 - Nr. 61 Diskussion und Abstimmung

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2014/200948]

20 JANVIER 2014. — Décret spécial portant création d'un centre pour le développement sain des enfants et des jeunes

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Champ d'application

Le présent décret spécial est applicable au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, ci-après dénommé "centre".

Par "jeune", l'on entend toute personne âgée d'au moins douze ans, soumise à l'obligation scolaire ou, sinon, suivant dans une école un enseignement de plein exercice ou à horaire réduit, à l'exception de l'enseignement supérieur, ou accomplissant un apprentissage.

Le centre à créer est un établissement d'enseignement au sens de l'article 24 de la Constitution.

Art. 2. Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent aux deux sexes.

CHAPITRE 2. — *Transfert des missions*

Art. 3. Missions

Les missions des centres psycho-médico-sociaux organisés par la Communauté germanophone sont transférées au centre. Le centre exerce les compétences transférées selon les modalités fixées par une loi, un décret ou un arrêté.

Les missions visées au premier alinéa sont :

1° assurer la guidance des élèves de l'enseignement ordinaire et spécialisé dans les domaines suivants :

a) contribuer à rendre optimales les conditions psychologiques, psychopédagogiques, médicales, paramédicales et sociales de l'élève et de son entourage éducatif immédiat afin de lui offrir les meilleures chances pour un développement harmonieux de sa personnalité et pour son bien-être individuel et social;

b) fournir aux élèves, aux personnes chargées de leur éducation, aux pouvoirs organisateurs et à tous ceux qui participent directement au processus éducatif et pédagogique des élèves, des informations et des avis concernant les possibilités scolaires et professionnelles, en vue de promouvoir le processus de choix individuel;

2° assurer la guidance psycho-médico-sociale des élèves qui suivent une formation reconnue en vue de satisfaire à l'obligation scolaire à temps partiel visée par la loi du 29 juin 1983 concernant l'obligation scolaire;

3° fournir, à toutes les personnes qui en font la demande, de l'information et/ou des avis concernant les possibilités en matière d'études, de formations et de professions;

4° rendre des avis dans les cas suivants :

- a) prolongation de la fréquentation de l'enseignement maternel pour un enfant soumis à l'obligation scolaire;
- b) entrée précoce à l'école primaire d'un enfant non encore soumis à l'obligation scolaire;
- c) prolongation du temps passé à l'école primaire, si nécessaire;
- d) admission en première année du secondaire, si nécessaire;
- e) admission dans l'enseignement à horaire réduit, si nécessaire;
- f) passage d'une forme d'enseignement à l'autre dans l'enseignement spécialisé;

5° donner des conseils aux conseils de classe, aux conférences de soutien et aux conseils d'intégration des classes-passerelles pour primo-arrivants;

6° constater la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé et établir des avis à propos de son contrôle, de sa fin ou de son interruption;

7° coopérer à des projets de recherche en rapport avec les missions.

La mission visée à l'alinéa 2, 1°, a) comporte :

1° la prise des mesures nécessaires, à caractère préventif et palliatif, afin d'éviter ou de supprimer des facteurs qui constituent une menace ou une entrave pour l'élève, et d'y remédier;

2° l'aide et la collaboration aux tâches d'éducation des personnes chargées de l'éducation, des pouvoirs organisateurs et de tous ceux qui participent directement au processus éducatif et pédagogique des élèves;

3° le soutien au processus d'épanouissement des élèves et l'aide au développement de leurs potentialités afin de contribuer à l'acquisition de leur autonomie, à la croissance harmonieuse de leur personnalité et à leur bien-être individuel et social.

CHAPITRE 3. — *Nature juridique, forme et fonctionnement du centre*

Section 1^{re}. — Fondation

Art. 4. Fondation

Le centre est fondé par la conclusion d'un accord entre les partenaires suivants :

- 1° le Gouvernement de la Communauté germanophone;
- 2° la province de Liège;
- 3° la ville d'Eupen;
- 4° l'association sans but lucratif "Freies PMS-Zentrum";
- 5° l'association sans but lucratif "Gesundheitszentrum Sankt-Vith".

Les partenaires mentionnés au premier alinéa sont dénommés ci-après "partenaires fondateurs".

Art. 5. Contenu de l'accord de fondation

L'accord mentionné à l'article 4 comprend des dispositions portant au moins sur les points suivants :

- 1° le nom et le siège du pouvoir organisateur;
- 2° le nom et l'implantation du centre;
- 3° la désignation du premier président et du premier président suppléant du conseil d'administration, la durée du premier mandat ne pouvant dépasser cinq ans;
- 4° la désignation du premier directeur, des premiers coordinateurs et des premiers chefs d'antenne, ainsi que la durée de cette désignation, laquelle ne peut dépasser quatre ans;
- 5° l'inventaire des biens immeubles et des principaux biens meubles transférés ou mis à disposition;
- 6° la résolution de l'accord.

Sans préjudice des dispositions du présent décret spécial et d'autres dispositions décrétales relatives à l'organisation du centre, l'accord peut comporter des dispositions supplémentaires portant sur les points suivants :

- 1° les structures administratives;
- 2° le statut du personnel;
- 3° le financement.

*Section 2. — Nature juridique***Art. 6.** Nature juridique

Le centre est une personne morale autonome de droit public.

Le centre est un organisme d'intérêt public conformément à l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone et est soumis aux dispositions dudit décret, dans sa version en vigueur au 1^{er} mai 2014.

*Section 3. — Structure administrative du centre**Sous-section 1^{re}. — Structure et organes administratifs***Art. 7.** Structure du centre

Le centre se compose d'un service central et d'antennes locales dont le nombre est fixé par décret.

Art. 8. Organes administratifs

Le conseil d'administration et la direction constituent les organes administratifs du centre.

*Sous-section 2. — Conseil d'administration***Art. 9.** Composition et durée du mandat

§ 1^{er} - Le conseil d'administration se compose des membres suivants, ayant voix délibérative :

1° deux représentants du Gouvernement de la Communauté germanophone;

2° un représentant de la Province de Liège;

3° un représentant de la Ville d'Eupen;

4° un représentant des communes;

5° un représentant de l'association sans but lucratif "Freies PMS-Zentrum";

6° un représentant du pouvoir organisateur de l'enseignement communautaire;

7° un représentant des pouvoirs organisateurs de l'enseignement officiel subventionné;

8° un représentant des pouvoirs organisateurs de l'enseignement confessionnel libre subventionné;

9° un représentant de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME;

10° un représentant par organisation représentative des travailleurs;

11° un représentant du secteur de la famille;

12° un représentant du secteur de la santé;

13° un représentant du secteur des affaires sociales;

14° un représentant du secteur de la jeunesse.

Assistent également aux séances du conseil d'administration, avec voix consultative :

1° le commissaire du Gouvernement visé à l'article 88 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone;

2° le directeur du centre, à moins que le conseil d'administration ne prenne, pour une séance déterminée, une décision contraire.

Les mandats des membres mentionnés au premier alinéa ont une durée de cinq ans et sont renouvelables.

Les membres du conseil d'administration mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 11° à 14°, ainsi que leurs suppléants ne peuvent exercer de mandat politique.

§ 2 - Pour chaque membre effectif mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, il est prévu un suppléant sélectionné selon les mêmes critères. Si un membre du conseil d'administration perd la qualité en vertu de laquelle il est membre du conseil d'administration, son mandat prend fin et est achevé par le membre suppléant. En cas de démission du membre suppléant, une nouvelle désignation intervient pour la période restante. Les membres ont en outre la possibilité de se faire représenter par leur suppléant aux réunions.

§ 3 - Les membres effectifs et suppléants du conseil d'administration sont désignés par le Gouvernement sur proposition des instances mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2° à 10°. Sur proposition des instances susmentionnées, le Gouvernement peut en tout temps leur retirer leur mandat et désigner de nouveaux membres, effectifs ou suppléants selon le cas, pour la période restante.

Le Gouvernement désigne les membres visés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 11° à 14°, ainsi que leurs suppléants.

§ 4 - Le conseil d'administration est dirigé par un président, désigné en son sein. Un président suppléant est également prévu, désigné lui aussi au sein du conseil d'administration.

La disposition de l'article 13, alinéa 1^{er}, s'applique à la procédure de désignation. La séance en question est présidée par le doyen des membres mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}. Les autres modalités de la procédure sont fixées dans le règlement d'ordre intérieur mentionné à l'article 11.

Par dérogation à l'alinéa premier, les premiers président et président suppléant du conseil d'administration sont désignés de commun accord par les partenaires fondateurs.

§ 5 - Le conseil d'administration peut inviter des experts et des délégués du personnel à assister à ses réunions. Il fixe les autres modalités dans le règlement d'ordre intérieur mentionné à l'article 11.

Art. 10. Missions

§ 1^{er} - Le conseil d'administration dispose de toutes les compétences nécessaires à l'orientation stratégique du centre, à son organisation et à sa gestion, notamment :

- 1° la désignation du directeur (exception faite du premier directeur);
- 2° la nomination à titre définitif des membres du personnel;
- 3° la désignation des membres du personnel temporaires;
- 4° l'utilisation des moyens financiers (budget);
- 5° la passation de marchés de travaux, de fournitures et de services;
- 6° l'établissement d'un inventaire de tous les biens immeubles du centre;
- 7° la fixation des mesures architecturales et travaux d'entretien;
- 8° la fixation des missions confiées au personnel.

Le conseil d'administration peut confier des pouvoirs de décision au directeur.

§ 2 - Dès la fondation du nouveau centre, le conseil d'administration vérifie dans quelle mesure des emplois définitivement vacants peuvent être libérés pour une nomination.

Le conseil d'administration contracte une assurance omnium pour les déplacements de service et permet aux membres du personnel de bénéficier du service social de l'enseignement communautaire ainsi que d'une assurance hospitalisation aux conditions applicables au Ministère de la Communauté germanophone.

Art. 11. Règlement d'ordre intérieur

Le conseil d'administration se dote d'un règlement d'ordre intérieur et le soumet à l'approbation du Gouvernement.

Art. 12. Rapport d'activités

Le conseil d'administration établit un rapport d'activités annuel.

Art. 13. Quorum de présence

Le conseil d'administration ne délibère valablement que si la moitié des membres au moins sont présents.

Si le quorum de présence requis pour prendre une décision n'est pas atteint, le conseil d'administration tient une nouvelle réunion, au plus tôt dans les sept jours et au plus tard dans les quinze jours qui suivent. Au cours de cette nouvelle réunion, une décision peut être prise indépendamment du nombre de membres présents.

Art. 14. Quorum de vote

Les décisions sont prises à la majorité simple. Les abstentions ne sont pas autorisées. En cas de parité des voix, la voix du président ou, lorsqu'il est absent, celle du président suppléant est prépondérante.

Art. 15. Consultation

Le personnel est consulté lorsqu'il est question de fixer dans le règlement d'ordre intérieur des décisions le concernant. Cette consultation se déroule sans préjudice des compétences des comités de négociation et de concertation réglées par la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités et par les dispositions d'exécution y relatives.

Sous-section 3. — Direction**Art. 16. Composition générale**

La direction se compose du directeur et des coordinateurs qui lui sont subordonnés.

Art. 17. Missions de la direction et fonctionnement

§ 1^{er} - La direction assure l'administration et l'organisation journalières du centre dans les domaines administratif, technique et financier, mais aussi en ce qui concerne le fond.

Sans préjudice de dispositions décrétales transférant directement des missions au directeur ou au coordinateur, le conseil d'administration établit la description précise des missions confiées au directeur et aux coordinateurs.

§ 2 - Lorsque l'on n'a pu aboutir à un accord, les décisions sont prises par le directeur.

CHAPITRE 4. — *Fondement philosophique***Art. 18. Fondement philosophique du centre/pluralité articulée**

La pluralité articulée constitue le fondement philosophique sur lequel reposent la mission et l'offre du centre. Elle concerne aussi bien les individus pris séparément que le centre en tant qu'organisme.

La pluralité articulée signifie que tout membre du personnel a le droit d'articuler ce qu'il peut justifier en tant que personne dans le cadre de la mission du centre et de sa fonction, et ce, conformément à un code de déontologie fixé par le Parlement et dans le respect des convictions d'autrui ainsi que de la Convention des Nations Unies du 20 novembre 1989 relative aux droits de l'enfant, de la Déclaration universelle des droits de l'homme des Nations Unies du 10 décembre 1948, de la Convention européenne de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales du 4 novembre 1950 et de la Constitution.

La mission et l'offre du service se déroulent avec la plus grande rigueur scientifique et la plus grande objectivité possibles.

CHAPITRE 5. — *Biens immeubles***Art. 19.** Inventaire des biens immeubles

Le conseil d'administration établit un inventaire de tous les biens immeubles du centre, dans lequel il mentionne leur provenance et leur destination. Il transmet cet inventaire au Gouvernement.

Le Gouvernement fixe les modalités relatives à l'établissement de cet inventaire.

L'inventaire est actualisé en permanence par le conseil d'administration. Toute modification ou adaptation est communiquée annuellement avec la proposition budgétaire au commissaire du Gouvernement qui transmet ces documents au Gouvernement.

CHAPITRE 6. — *Entrée en vigueur***Art. 20.** Entrée en vigueur

Le présent décret spécial entre en vigueur le 1^{er} mai 2014.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 20 janvier 2014.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme,
I. WEYKMANS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,
H. MOLLERS

 Note

Session 2013-2014

Document parlementaire :

201 (2013-2014) N° 1 Projet de décret spécial

201 (2013-2014) N° 2 Propositions d'amendement + Erratum

201 (2013-2014) N° 3 Rapport

Compte rendu intégral : 20 janvier 2014, N° 61 Discussion et vote

 VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2014/200948]

20 JANUARI 2014. — Bijzonder decreet tot oprichting van een centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen***Artikel 1.** Toepassingsgebied

Dit bijzonder decreet is van toepassing op het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, hierna het centrum te noemen.

Onder 'jongere' wordt verstaan : elke persoon die minstens twaalf jaar oud is, leerplichtig is of, indien hij niet meer leerplichtig is, ingeschreven is in het voltijds of deeltijds onderwijs met uitzondering van het hoger onderwijs of een leertijd verricht.

Het op te richten centrum is een onderwijsinstelling in de zin van artikel 24 van de Grondwet.

Art. 2. Hoedanigheden

De hoedanigheden in dit decreet gelden voor beide geslachten.

HOOFDSTUK 2. — *Overdracht van de taken***Art. 3.** Taken

De taken van de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde psycho-medisch-sociale centra worden overgedragen aan het centrum. Het centrum oefent de overgedragen taken uit overeenkomstig de nadere regels die bij wet, decreet of besluit vastgesteld zijn.

De taken bedoeld in het eerste lid zijn :

1° het begeleiden van de leerlingen uit het gewoon en het gespecialiseerd onderwijs op de volgende gebieden :

a) bijdragen tot het optimaliseren van de psychologische, psycho-pedagogische, medische, paramedische en sociale mogelijkheden van de leerling zelf en van zijn onmiddellijke opvoedingsomgeving om de harmonische ontwikkeling van zijn persoonlijkheid en zijn persoonlijke en maatschappelijke welbevinden maximale kansen te bieden;

b) aan de leerlingen, de personen belast met hun opvoeding, de inrichtende machten en allen die direct bij het opvoedings- en onderwijsproces van de leerlingen betrokken zijn, informatie en advies verstrekken over school- en beroepsmogelijkheden om het individuele keuzeproces te bevorderen;

2° de psycho-medisch-sociale begeleiding van de leerlingen die een opleiding volgen die erkend is voor de vervulling van de deeltijdse leerplicht bedoeld in de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht;

3° informatie en/of advies over de studie-, opleidings- en beroepsmogelijkheden verstrekken aan alle personen die daarom verzoeken;

4° adviezen opstellen omtrent de volgende gevallen :

- a) een leerplichtig kind langer in het kleuteronderwijs laten blijven;
- b) een nog niet leerplichtig kind vervroegd tot het lager onderwijs toelaten;
- c) iemand indien nodig langer in het lager onderwijs laten blijven;
- d) iemand indien nodig toelaten tot het eerste jaar van het secundair onderwijs;
- e) iemand indien nodig toelaten tot het deeltijds onderwijs;
- f) veranderen van onderwijsvorm in het gespecialiseerd secundair onderwijs;

5° advies verstrekken aan de klassenraden, ondersteuningsvergaderingen en integratieraden van de overgangsklassen voor nieuwkomers;

6° de behoefte aan gespecialiseerde pedagogische ondersteuning vaststellen en adviezen opstellen wanneer het erom gaat de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning te controleren, stop te zetten of af te breken;

7° meewerken aan onderzoeksprojecten die verband houden met de taken.

De opdracht vermeld in het tweede lid, 1°, a), omvat :

1° het nemen van de nodige preventieve en remediërende maatregelen om de factoren die een bedreiging of belemmering voor de leerling vormen te voorkomen, weg te werken of om grip op die factoren te krijgen;

2° het bijstaan van en het samenwerken met de personen belast met de opvoeding, de inrichtende machten en allen die direct bij het opvoedings- en onderwijsproces van de leerlingen betrokken zijn bij het uitvoeren van hun opvoedende taken;

3° het ondersteunen van het ontplooiingsproces van de leerlingen en het helpen bij de ontwikkeling van hun mogelijkheden om bij te dragen tot hun zelfstandigheid, hun harmonische persoonlijkheidsontwikkeling en hun individueel en maatschappelijk welbevinden.

HOOFDSTUK 3. — *Rechtskarakter, vorm en werkwijze van het centrum*

Afdeling 1. — Oprichting

Art. 4. Oprichting

Voor de oprichting van het centrum wordt een overeenkomst gesloten tussen de volgende partners :

- 1° de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° de provincie Luik;
- 3° de stad Eupen;
- 4° het vrij PMS-centrum, vereniging zonder winstoogmerk;
- 5° het gezondheidscentrum Sankt Vith, vereniging zonder winstoogmerk.

De partners vermeld in het eerste lid worden hierna 'de oprichtingspartners' genoemd.

Art. 5. Inhoud van de oprichtingsovereenkomst

De overeenkomst vermeld in artikel 4 omvat bepalingen die ten minste de volgende punten betreffen :

- 1° naam en zetel van de inrichtende macht;
- 2° naam en vestigingsplaats van het centrum;
- 3° aanwijzing van de eerste voorzitter en de eerste plaatsvervangende voorzitter van de raad van bestuur; duur van het eerste mandaat : drie jaar;
- 4° aanwijzing van de eerste directeur, de eerste coördinator en het eerste hoofd van de lokale vestiging en duur van die aanwijzingen; maximale duur van de eerste aanwijzing : vier jaar;
- 5° staat van de onroerende goederen en van de belangrijkste roerende goederen die overgedragen of ter beschikking worden gesteld;
- 6° opzegging van de overeenkomst.

Onverminderd de bepalingen van voorliggend bijzonder decreet en andere decretale bepalingen m.b.t. de oprichting van het centrum kan de overeenkomst bijkomende bepalingen over de volgende punten omvatten :

- 1° de administratieve structuren;
- 2° het personeelsrecht;
- 3° de financiering.

*Afdeling 2. — Rechtskarakter***Art. 6. Rechtskarakter**

Het centrum is een autonome publiekrechtelijke rechtspersoon.

Het centrum is een instelling van openbaar nut overeenkomstig artikel 87 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap en is onderworpen aan de bepalingen van dit decreet zoals van kracht op 1 mei 2014.

*Afdeling 3. — Bestuursstructuur van het centrum**Onderafdeling 1. — Structuur en bestuursorganen***Art. 7. Structuur van het centrum**

Het centrum bestaat uit één centrale hoofdvestiging en uit lokale vestigingen, waarvan het aantal bij decreet wordt bepaald.

Art. 8. Bestuursorganen

De bestuursorganen van het centrum zijn de raad van bestuur en de directie.

*Onderafdeling 2. — Raad van bestuur***Art. 9. Samenstelling en duur van de mandaten**

§ 1 - De raad van bestuur is samengesteld uit de volgende stemgerechtigde leden :

- 1° twee vertegenwoordigers van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° één vertegenwoordiger van de provincie Luik;
- 3° één vertegenwoordiger van de stad Eupen;
- 4° één vertegenwoordiger van de gemeenten;
- 5° één vertegenwoordiger van het vrij PMS-centrum, vereniging zonder winstoogmerk;
- 6° één vertegenwoordiger van de inrichtende macht van het gemeenschapsonderwijs;
- 7° één vertegenwoordiger van de inrichtende machten van het gesubsidieerd officieel onderwijs;
- 8° één vertegenwoordiger van de inrichtende machten van het gesubsidieerd confessioneel vrij onderwijs;
- 9° één vertegenwoordiger van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's;
- 10° één vertegenwoordiger per representatieve werknemersorganisatie;
- 11° één vertegenwoordiger uit de gezinssector;
- 12° één vertegenwoordiger uit de gezondheidssector;
- 13° één vertegenwoordiger uit de sociale sector;
- 14° één vertegenwoordiger uit de jeugdsector.

De volgende personen wonen de vergaderingen van de raad van bestuur bij met raadgevende stem :

1° de regeringscommissaris vermeld in artikel 88 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap;

2° de directeur van het centrum, tenzij de raad van bestuur voor een bepaalde vergadering anders daarover beslist.

De mandaten van de leden vermeld in het eerste lid duren vijf jaar en kunnen worden verlengd.

De in het eerste lid, 11° tot 14°, vermelde leden van de raad van bestuur en hun plaatsvervangers mogen geen politiek mandaat uitoefenen.

§ 2 - Voor elk in § 1, eerste lid, vermeld lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen dat volgens dezelfde criteria wordt uitgekozen als het lid dat het vervangt. Indien een lid van de raad van bestuur de hoedanigheid verliest op grond waarvan het lid van de raad van bestuur is geworden, dan wordt er een einde gemaakt aan zijn mandaat en wordt zijn mandaat voltooid door zijn plaatsvervanger. Geeft het plaatsvervangend lid zijn ontslag, dan vindt een nieuwe aanwijzing voor de resterende termijn plaats. De leden hebben bovendien de mogelijkheid om zich op de vergaderingen door hun plaatsvervanger te laten vertegenwoordigen.

§ 3 - De leden en de plaatsvervangende leden van de raad van bestuur worden aangewezen door de Regering, op de voordracht van de instanties genoemd in § 1, eerste lid, 2° tot 10°. Op de voordracht van de voormelde instanties kan de Regering hen te allen tijde hun mandaat ontnemen en voor de resterende termijn nieuwe leden of plaatsvervangende leden aanwijzen.

De Regering wijst de leden vermeld in § 1, eerste lid, 11° tot 14°, aan, alsook hun plaatsvervangers.

§ 4 - De raad van bestuur wordt geleid door een voorzitter die uit de leden van de raad van bestuur wordt aangewezen. Bovendien wordt in een plaatsvervangende voorzitter voorzien die eveneens uit de leden van de raad van bestuur wordt aangewezen.

Artikel 13, eerste lid, is van toepassing op de aanwijzingsprocedure. De betrokken vergadering wordt voorgezeten door het oudste van de leden vermeld in § 1, eerste lid. Het huishoudelijk reglement bedoeld in artikel 11 legt de nadere regels van de procedure vast.

In afwijking van het eerste lid worden de eerste voorzitter en de plaatsvervangende voorzitter van de raad van bestuur door de oprichtingspartners in onderlinge overeenstemming aangewezen.

§ 5 - De raad van bestuur kan deskundigen en vertegenwoordigers van het personeel voor zijn vergaderingen uitnodigen. De raad van bestuur legt de nadere regels vast in het huishoudelijk reglement bedoeld in artikel 11.

Art. 10. Taken

§ 1 - De raad van bestuur beschikt over alle bevoegdheden die noodzakelijk zijn voor de inhoudelijke strategische oriëntatie, de organisatie en het bestuur van het centrum; zo is de raad van bestuur onder meer bevoegd voor :

- 1° de aanwijzing van de directeur (met uitzondering van de eerste directeur);
- 2° de vaste benoeming van de personeelsleden;
- 3° de aanwijzing van de tijdelijke personeelsleden;
- 4° de aanwending van de financiële middelen (begroting);
- 5° de gunning van opdrachten voor aanneming van werken, leveringen en diensten;
- 6° het opstellen van een inventaris van alle onroerende goederen van het centrum;
- 7° de bepaling van architectonische maatregelen en onderhoudswerken;
- 8° de bepaling van de opdrachten toevertrouwd aan het personeel.

De raad van bestuur kan beslissingsbevoegdheden overdragen aan de directeur.

§ 2 - De raad van bestuur onderzoekt kort na de oprichting van het nieuwe centrum in hoeverre definitief vacante betrekkingen voor benoeming vrijgegeven kunnen worden.

De raad van bestuur sluit een omniumverzekering voor de dienstreizen en biedt de personeelsleden de mogelijkheid om een beroep te doen op de sociale dienst van het gemeenschapsonderwijs en een ziekenhuisverzekering te nemen overeenkomstig de voorwaarden die gelden voor het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 11. Huishoudelijk reglement

De raad van bestuur stelt een huishoudelijk reglement op en legt het ter goedkeuring aan de Regering voor.

Art. 12. Activiteitenverslag

De raad van bestuur stelt een jaarlijks activiteitenverslag op.

Art. 13. Quorum

De raad van bestuur kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten, indien ten minste de helft van de leden aanwezig is.

Wordt het quorum dat noodzakelijk is om rechtsgeldig te beraadslagen of te besluiten niet bereikt, dan wordt de raad van bestuur ten vroegste zeven dagen en ten laatste veertien dagen later opnieuw bijeengeroepen. Op die vergadering kan een beslissing worden genomen, ongeacht het aantal aanwezige leden.

Art. 14. Vereiste aantal stemmen

De beslissingen worden met eenvoudige meerderheid genomen. Stemonthoudingen zijn niet toegestaan. Bij staking van stemmen is de stem van de voorzitter of, indien hij afwezig is, de stem van de plaatsvervangende voorzitter doorslaggevend.

Art. 15. Raadpleging

Het personeel wordt geraadpleegd over beslissingen die betrekking hebben op het personeel en die in het huishoudelijk reglement worden vastgelegd. Dit gebeurt onverminderd de bevoegdheden van de onderhandelings- en overlegcomités, geregeld door de wet van 19 december 1974 tot regeling van de betrekkingen tussen de overheid en de vakbonden van haar personeel en door de desbetreffende uitvoeringsbepalingen.

Onderafdeling 3. — Directie

Art. 16. Algemene samenstelling

De directie is samengesteld uit de directeur en de coördinatoren die onder hem ressorteren.

Art. 17. Taken van de directie en werkwijze

§ 1 - Bij de directie berust het dagelijks beheer en de dagelijkse organisatie van het centrum op administratief, technisch, financieel en inhoudelijk vlak.

Onverminderd decretale bepalingen waarbij taken direct aan de directeur of de coördinator worden overgedragen, legt de raad van bestuur de precieze taakomschrijving van de directeur en de coördinatoren vast.

§ 2 - Indien geen overeenstemming bereikt wordt, worden de beslissingen door de directeur genomen.

HOOFDSTUK 4. — *Levensbeschouwelijke grondslag***Art. 18. Levensbeschouwelijke grondslag van het centrum/gearticuleerde pluraliteit**

De gearticuleerde pluraliteit is de levensbeschouwelijke grondslag voor de opdracht en het aanbod van het centrum. Ze geldt zowel voor de individuele personen als voor het centrum als inrichting.

Gearticuleerde pluraliteit betekent dat elk personeelslid het recht heeft te uiten wat het als persoon binnen de opdracht van het centrum en binnen zijn functie en met inachtneming van een door het Parlement goedgekeurde plichtenleer kan rechtvaardigen. Daarbij moeten de overtuigingen van anderen gerespecteerd worden en moeten het Verdrag van de Verenigde Naties van 20 november 1989 inzake de Rechten van het Kind, de Universele Verklaring van de Rechten van de Mens van de Verenigde Naties van 10 december 1948, het Europees Verdrag over de Bescherming van de Mensenrechten en de Fundamentele Vrijheden van 4 november 1950 en de Grondwet in acht worden genomen.

Bij de concretisering van de opdracht en het aanbod van het centrum wordt een zo groot mogelijke wetenschappelijke rigueur en objectiviteit aan de dag gelegd.

HOOFDSTUK 5. — *Onroerende goederen***Art. 19.** Inventaris van de onroerende goederen

De raad van bestuur stelt een inventaris van alle onroerende goederen van het centrum op waarin hij de afkomst en de bestemming ervan vermeldt. Hij zendt die inventaris aan de Regering over.

De Regering bepaalt de nadere regels voor het opstellen van die inventaris.

De inventaris wordt permanent geactualiseerd door de raad van bestuur. Elke wijziging of aanpassing wordt jaarlijks, samen met het begrotingsvoorstel, aan de regeringscommissaris meegedeeld die deze documenten aan de Regering verzendt.

HOOFDSTUK 6. — *Inwerkingtreding***Art. 20.** Inwerkingtreding

Dit bijzonder decreet treedt in werking op 1 mei 2014.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 20 januari 2014.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur, Media en Toerisme,
I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS

—
Nota

Zitting 2013-2014

Parlementair stukken :

201 (2013-2014) Nr. 1 Ontwerp van bijzonder decreet

201 (2013-2014) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging + erratum

201 (2013-2014) Nr. 3 Verslag

Integraal verslag : 20 januari 2014 - Nr. 61 Bespreking en aanneming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2014/200745]

20. JANUAR 2014 — Dekret zur Billigung der Kooperationsvereinbarung vom 1. Juni 2011 zwischen dem Föderalstaat, den Regionen und den Gemeinschaften in Bezug auf die Koordinierung der Kontrollen in Sachen illegale Arbeit und Sozialbetrug

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Einziger Artikel - Die Kooperationsvereinbarung vom 1. Juni 2011 zwischen dem Föderalstaat, den Regionen und den Gemeinschaften in Bezug auf die Koordinierung der Kontrollen in Sachen illegale Arbeit und Sozialbetrug wird gebilligt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 20. Januar 2014

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus
I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

—
Note

Sitzungsperiode 2013-2014

Nummeriertes Dokument : 200 (2013-2014) Nr. 1 Dekretentwurf

Ausführlicher Bericht : 20. Januar 2014 - Nr. 61 Diskussion und Abstimmung